

Der weltweit größte Energieverbraucher USA hat mit 5 asiatisch-pazifischen Ländern ein eigenes Abkommen zum Klimaschutz vorgelegt. Ein Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen entfallen auf die USA. Australien, China, Indien, Japan und Südkorea, die das alternative Abkommen miterarbeiteten, vereinigen ein weiteres Viertel der CO₂-Emissionen auf sich. Die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen entfallen also auf Länder, die sich vom Kyoto-Protokoll entweder „verabschiedet“ haben, oder es nie paraphierten.

Nun haben sich diese Länder aber nicht vom Klimaschutz verabschiedet. Vielmehr ziehen sie die Entwicklung sauberer Energietechnologien der verbindlichen Vorgabe von Reduktionszielen vor. Die Zusammenarbeit soll dabei in verschiedenen Bereichen erfolgen, wie in der allgemeinen Verbesserung der Energieeffizienz, der Entwicklung von Clean Coal-Technologien und der Bio- und der Solarenergie, der Verbesserung der Methanabsaugung und -nutzung, dem Ausbau der Kernenergie, der Wind- und der Wasserkraft sowie der Geothermie, der Verbesserung von Klimaschutzmaßnahmen durch Land- und Forstwirtschaft und anderes mehr. US-Präsident George W. Bush sprach von einer „ergebnisorientierten Partnerschaft“. Der australische Umweltminister Ian Campbell war noch deutlicher: Für ihn ist das Kyoto-Protokoll bereits gescheitert.

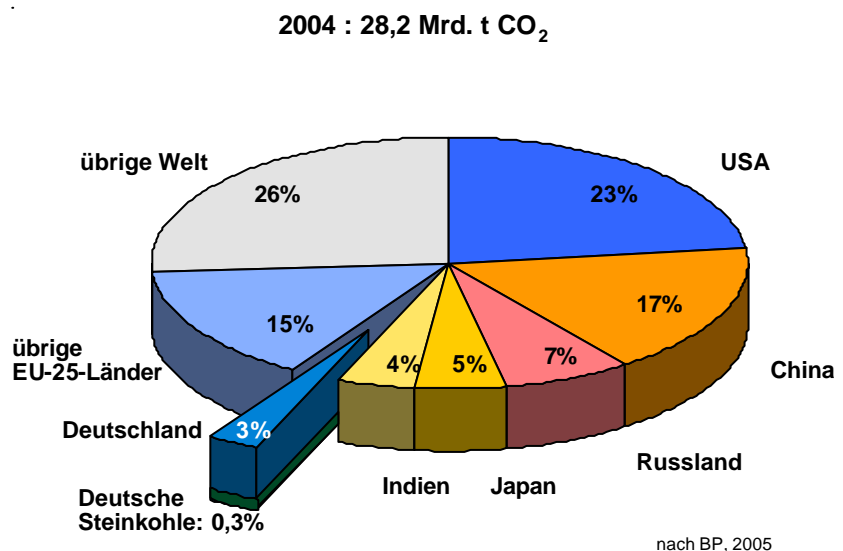
Alternatives Klimaabkommen – Ergänzung oder Alternative zum Kyoto- Protokoll?

Tatsächlich muss man sich fragen, welche Rolle das Kyoto-Protokoll noch spielen soll, das selbst bei einer vollständigen Umsetzung nur zu einer Verringerung des globalen Temperaturanstiegs in den nächsten 100 Jahren um allenfalls 0,15 °C von 2,0 ° auf 1,85 ° führen würde. Denn 50 % der Emittenten übernehmen keine Minderungsverpflichtungen. Hinzu kommt, dass die beiden Boom-Regionen China und Indien zu diesem Kreis zählen. China alleine verdoppelt seinen Primärenergieverbrauch von 1990 bis heute von knapp 1 auf gut 2 Mrd. t SKE. In der Prognose des US-Energieministeriums wird er sich bis zum Jahre 2025 noch einmal auf 3,9 Mrd. t SKE fast verdoppeln. Der gesamte Kohleeinsatz in China wird sich von heute 1,4 auf 2,4 Mrd. t SKE im Jahre 2025 erhöhen. Allein aus diesem Anstieg ergibt sich ein Mehrfaches dessen, was die gesamte

deutsche Volkswirtschaft jährlich an CO₂ emittiert.

Vor diesem Hintergrund müssen Zweifel an Sinn und Funktionsfähigkeit des Emissionsrechtehandelsystems aufkommen, wie es in der Europäischen Union seit dem 1. Januar 2005 praktiziert wird. Um Missverständnissen vorzubeugen: Der europäische Emissionshandel hat recht wenig mit der ursprünglichen Idee der „flexiblen Instrumente“ der Klimavorsorge zu tun. Die ursprüngliche Idee der „flexiblen Instrumente“ war, dass CO₂ dort eingespart werden sollte, wo dies am günstigsten ist. So wäre es bei weitem billiger, in Ländern mit wirtschaftlichem Nachholbedarf in Maßnahmen zur Steigerung der

Energiebedingte CO₂-Emissionen in der Welt



Energieeffizienz zu investieren als hierzulande. Genau dies ist aber nicht primärer Zweck des europäischen Handelssystems. Vielmehr hat die europäische Union einen Handel zwischen energieintensiven Unternehmen erzwungen, die ohnehin schon in hohem Maße in die Energieeffizienz investiert hatten. Wo sollen dann noch die Einsparungen herkommen?

Zudem ist dieses System von vornherein gar nicht auf einen liquiden Handel ausgelegt worden, da die verteilten Rechte nicht einmal ausreichen, um das Produktionsniveau vor Einführung des

„Handelssystems“

zu ermöglichen. Faktisch ist es also vielmehr ein Brennstoffrationierungssystem. Es darf also auch nicht verwundern, dass die Preise der CO₂-Emissionsrechte an der Leipziger Börse mangels

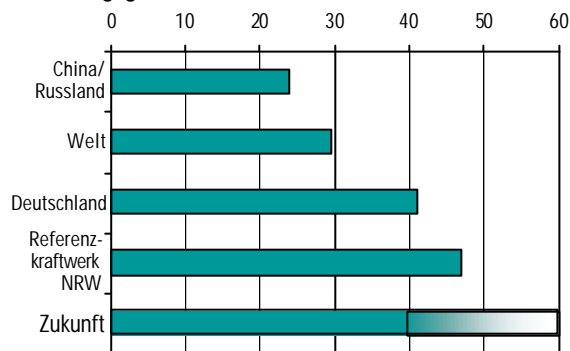
Liquidität und billiger Einsparmöglichkeiten nach oben schießen. Erst der globale Emissionsrechtehandel hätte eine wirtschaftliche Alternative zur nationalen Emissionsminderung bieten können. Genau dieser in der Tat wirtschaftliche Ansatz stand jedoch bei dem Emissionsrechtehandelsystem der EU nicht im Vordergrund, wird jedoch ansatzweise durch die sog. Linking Directive der EU und das deutsche ProMechG ermöglicht. Es wird aber noch einige Jahre dauern, bis Liquidität aus Ländern außerhalb Europas in den Markt kommt.

Macht dann der europaweite Emissionshandel überhaupt Sinn? Diese Frage ist angesichts der äußerst negativen Auswirkungen auf stromintensive Industrien mehr als berechtigt. Zwei von fünf deutschen Alu-

miniumproduzenten werden auf kurz oder lang das Land verlassen. Ohne das „Einpreisen“ der CO₂-Lizenzen könnte der Strompreis für diese Unternehmen von 40 auf 30 Euro/MWh sinken. Und die Schwierigkeiten der Aluminiumindustrie sind nur ein Vorbote für eine weitere Deindustrialisierung.

Deutschland ist Spitzenreiter bei der effizienten und umweltverträglichen Energienutzung und kann mit den hierzulande erreichten Standards z. B. beim Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken ein Vorbild für Länder wie China und Indien sein. Mit der welt-

Wirkungsgrad von Steinkohlenkraftwerken



weiten Anwendung des in Deutschland erreichten Standards ließe sich mehr CO₂ einsparen, als das Kyoto-Protokoll als Ziel vorgibt. Aber ein Vorbild mit Fußfesseln wird nicht lange Vorbild bleiben. Eine Vorbildrolle zu übernehmen heißt auch nicht, einen entscheidenden Beitrag zur globalen CO₂-Einsparung - koste es was es wolle - selbst erbringen zu müssen. Dies geht auch gar nicht. Denn alleine die CO₂-Emissionen Chinas sind in den letzten 10 Jahren um jahresdurchschnittlich 4 %, in den letzten 5 Jahren sogar um 7 % gestiegen. Die globalen Emissionen wachsen jährlich um 1,5 %. Der deutsche Anteil an den Emissionen eines Jahres beträgt dagegen ganze 3 %, entspricht also dem globalen Zuwachs von 2 Jahren. Die Emissionen aus deutscher Steinkohle ma-

chen im Übrigen nur ein Fünftel dessen aus, was jährlich weltweit an Emissionen hinzu kommt. Eine Deindustrialisierung in Deutschland wäre für die globale Emissionsbilanz schlicht und einfach nicht wahrnehmbar. Es muss also die Frage erlaubt sein, ob bei einer Arbeitslosigkeit von 5 Mio. Menschen die Deindustrialisierung weiter vorangetrieben werden darf.

Längst ist es nicht mehr so, dass Länder wie China von uns lernen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen lernen, dass China die weltwirtschaftliche Entwicklung treibt. Bereits heute beeinflusst die chinesische Wirtschaft nicht nur die Entwicklung von Rohstoff- und Energiepreisen, es wird auch allmählich verstanden, dass das internationale Wechselkurssystem entscheidend von China abhängt. Die derzeit niedrigen Zinsen und Inflationsraten sind u. a. auf die massiven Käufe Chinas von Staatsanleihen in Industrieländern und die preisgünstigen Einfuhren der Industrieländer aus China zurückzuführen. Im Hinblick auf diese führende Rolle wäre es nur konsequent, wenn China ein Vollmitglied politischer Foren wie G7 und OECD würde. In diesem Rahmen könnte verantwortungsvoller mit dem globalen Klimaproblem umgegangen werden als in akademischen Studierstuben. Die Verlagerung wirtschaftlicher Prosperität in den asiatisch-pazifischen Raum ist nicht mehr aufzuhalten. Es stünde den Europäern deshalb gut zu Gesicht, sich an eine alte chinesische Weisheit zu erinnern: „Begrüße, was Du nicht verhindern kannst.“